

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

N. 14.

Dienstag, den 1. Februar

1881.

Von dem unterzeichneten königlichen Amtsgericht soll
den 26. März 1881

das Johann Carl Adolph Sterzel in Schönheide zugehörige Haus und Feld-
grundstück Nr. 380 des Katasters, Fol. 389 des Grund- und Hypothekensuchs für
Schönheide, welches Grundstück am 13. December 1880 ohne Berücksichtigung der
Oblasten auf

6000 Mark

gewürdet worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme
auf den an hiesiger Gerichtsstelle und im Gasthose zum Bairischen Hof zu Schön-
heide aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Eibenstock, am 20. December 1880.

Königliches Amtsgericht.
Besitze.

R.

Bekanntmachung.

Vom Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen ist das 1. Stück
vom laufenden Jahre erschienen.

Dasselbe enthält unter Nr. 1: Bekanntmachung, die Bormahme einer Ergän-
zungswahl für die I. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 24. Decem-
ber 1880. Nr. 2: Bekanntmachung, die Anleihe der Stadt Stollberg betreffend;
vom 24. December 1880. Nr. 3: Bekanntmachung, die Festsetzung des Betrages
der für die Natural-Verpflegung der Truppen im Jahre 1881 zu gewährenden Ver-
gütung betreffend; vom 3. Januar 1881. Nr. 4: Bekanntmachung, die anderweite
Feststellung der Wahlbezirke für die evangelisch-lutherische Landesynode betreffend;
vom 11. Januar 1881, und liegt an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.
Eibenstock, am 29. Januar 1881.

Der Stadtrath.
Rofe.

Der deutsche Volkswirtschaftsrath

Ist Ende voriger Woche zum ersten Male in Berlin un-
ter dem Vorhabe des Fürsten von Bismarck zusammen-
getreten. Mit demselben ist für das deutsche Volk eine
Institution von eminenter Bedeutung gewonnen, wenn
dieselbe recht verstanden wird; denn Alles wird darauf
ankommen, welchen Gebrauch z. B. das so schwer dar-
niederliegende deutsche Handwerk von demselben zu
machen wissen wird. Aber nicht allein die Besitzenden,
sondern auch die nichtbesitzenden Klassen haben hier eine
neue Vertretung ihrer Interessen gefunden, die man in-
sofern als den ersten Schritt auf dem Gebiete des Staats-
Sozialismus bezeichnen kann. Daß der Staat sich in
höherem Maße als bisher seiner hilfbedürftigen Mit-
glieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der huma-
nität und des Christenthums, von welchem die staat-
lichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern
auch eine Aufgabe staatshalternder Politik, welche das
Ziel zu verfolgen hat, auch in den beschloßenen Klassen
der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und
am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauungen zu
pflegen, daß der Staat nicht bloß eine nothwendige,
sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem
Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vortheile,
welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu Theil
werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als
eine lediglich zum Schutz der besser situirten Klassen der
Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Be-
dürfnissen und Interessen dienende Institution aufzu-
fassen.

Das Bedenken, daß in die Gesetzgebung, wenn sie
dieses Ziel verfolge, ein sozialistisches Element eingeführt
werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht ab-
halten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich
nicht um etwas ganz Neues; sondern um eine Weiter-
entwicklung der aus der christlichen Besittung erwach-
senen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat
neben der deponirten, auf den Schutz bestehender Rechte
abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmäßige
Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner
Verfürgung stehenden Mittel der Gesamtheit das Wohl-
ergeben aller seiner Mitglieder und namentlich der
schwachen und hilfbedürftigen positiv zu fördern. Die
lautgewordene Besorgnis, die Gesetzgebung werde auf
diesem Gebiete namhafte Erfolge nicht erreichen, ohne
die Mittel des Reichs und der Einzelstaaten in erheb-
lichem Maße in Anspruch zu nehmen, darf von der
Betretung des Weges, für das Alter und Invalidität
der arbeitenden Klassen gesetzlich zu sorgen, nicht ab-
halten. Allerdings können mit einer einzelnen Maß-
regel, wie sie gegenwärtig vorgeschlagen wird, die
Schwierigkeiten, welche die soziale Frage bietet, nicht
gänzlich oder auch nur zu einem erheblichen Theile ge-
hoben werden; es handelt sich vielmehr um den ersten
Schritt auf einem Gebiete, auf welchem eine Jahre
lang fortwährende schwierige Arbeit mit Vorsicht und
allmählig zu bewältigen sein und die Lösung einer Auf-
gabe wieder neue Aufgaben erzeugen wird. Daß aber
dieser erste Schritt nicht länger hinaufgeschoben werden
dürfe, ist die Ueberzeugung, auf welcher die Einbring-
ung der gegenwärtigen Vorlage beruht, und das Prä-
sidium des Bundesraths würde, selbst wenn die Posi-
tion, eine Vorlage dieser Art von den Faktoren der

Reichsgesetzgebung auf den ersten Versuch angenommen
zu sehen, geringer wäre, als sie es in der That ist, es
für Pflicht halten, der Erfüllung der Aufgaben und
Wünsche näher zu treten, welche bei den Verhandlungen
über das Gesetz, betreffend die gemeingefährlichen Be-
strebungen der Sozialdemokratie von mehr als einer
Seite ausgesprochen sind.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Windthorst hat wieder einmal
einen Versuch gemacht, eine Bresche in die Maigesetze
zu legen — „um des Friedens willen“, wie er sagte,
aber ohne Erfolg. Sein Antrag im preussischen Ab-
geordnetenhaus ging dahin, den katholischen Geistlichen,
auch wenn sie nicht vom Staate angestellt sind, das
Lesen der Messe und das Spenden der Sacramente zu
gestatten. Der Kultusminister hat ihm sofort erklärt:
Das kann und darf der Staat nicht, wie sehr er be-
dauert, daß viele katholische Christen der Erbauung durch
die Messe und Sterbende des letzten Trostes entbehren
müssen. Man habe in Rom Erbarmen mit diesen und
zeige der Regierung die Gesinnung an, die man an-
stellen will, so ist alles in Ordnung. Windthorst ant-
wortete: wir wollen lieber zu Grunde gehen, als uns
die Kulturkampfgesetze gefallen lassen! Obwohl eigentlich
die Sache damit abgemacht war — Rom will nicht
nachgeben und der Staat darf nicht nachgeben — so
wurde man doch herüber und hinüber noch sehr warm
und fast heiß. Dennigen warf sich ins Zeug und
sagte, Rom mache Deutschland nur deshalb nicht die
Zugeständnisse, die es anderen Ländern ohne Weiteres
mache, weil das Reich einen protestantischen Kaiser habe.
Windthorst und Genossen widersprachen zwar eifrig, aber
wenig überzeugend; die Sache ist ja ein öffentliches Ge-
heimniß. Dennigen wies zum Ueberflus durch Docu-
mente nach, daß Rom s. B. alles gethan habe, um die
Uebertragung der Königswürde an das protestantische
Brandenburg oder Preußen zu verhindern — und daß
Rom nach seinen Grundsätzen kaum anders könne.
Windthorst wurde in seiner Antwort ganz furios und
nannte den Nationalverein, an dessen Spitze einst Ben-
nigen gestanden hatte, einen „vagabundirenden Verein“,
zwar nicht, wie er hinzusetzte, weil der Verein aus Baga-
bunden bestanden habe, sondern nur, weil er sein Hand-
werk im Umherziehen getrieben habe. — Die Sehnsucht
nach Beendigung des Kulturkampfes klang übrigens
durch alle Reden hindurch, auch durch die zornigen, nur
durch die Waffenstreckung des Staates darf der Friede
nicht herbeigeführt werden. Abg. von Haldorf (freiconf.)
stimmte sogar für den Antrag Windthorst's, weil er der
Meinung war, man dürfe Lebende auf die Messe
und Sterbende auf die letzte Begehrung nicht umsonst
warten lassen. Seine Rede machte großen Eindruck.
Windthorst und Schorlemer-Alst erklärten, nicht der
Kaiser nur Bismarck sei es, der den Kampf fortsetzen
wolle und zwar deshalb, weil der Papst ihm die ver-
langte Preeresfolge des Centrums in allen finanziellen
und wirtschaftlichen Fragen abgeschlagen habe. Wind-
thorst's Antrag wurde mit 254 gegen 115 Stimmen
abgelehnt.

— Wie weitgehende und wunderliche Anforderungen
an die Deutsche Reichspost gestellt werden, zeigt
folgender Brief, der dem Reichspostmeister Dr. Stephan

aus Nordamerika zugegangen ist. „Im Interesse
des Weltpostvereins und unserer Firma erlauben wir
uns Ew. Excellenz zu schreiben. Wir wissen, daß Sie
sehr gerecht und immer bereit sind, Unvollkommenheiten
zu beseitigen etc. Unsere junge Firma hat in der Ab-
sicht, das Mineralwassergeschäft zu heben und theilweise
an sich zu bringen, vor vielen Monaten an fast alle
Baderverwaltungen in Deutschland geschrieben und sich
erboten, für eine feste Summe in allen Theilen der
Vereinigten Staaten Kurgäste zu ermitteln, aber leider
nur von zwei Verwaltungen Antwort erhalten. Auch
die böhmischen Baderverwaltungen lassen uns durch tie-
fes Stillschweigen in Ungewissheit, ob sie unsere Zu-
schriften erhalten haben, und erscheint es daher geboten,
daß wir nun endlich sehr energisch vorgehen und durch
unsere Freunde diese für uns sehr wichtige Angelegenheit
bei den Baderverwaltungen betreiben lassen. Unsere Bitte
an Ew. Excellenz wollen wir kurz fassen. Wollen Sie
Ihren so oft zum Besten des Weltpostverkehrs gebrauch-
ten mächtigen Einfluß dazu verwenden, die Geschäfts-
und Privatleute durch geeignete Zeitschriften anhalten
zu lassen, wenigstens durch Postkarten den richtigen
Empfang jedes Briefes schnell anzuzeigen? Um unser
Brunnengeschäft schnell in den Vereinigten Staaten
empfehlen zu können, ist es nöthig, daß alle Jahre eine
große Zahl Leidender sich in den Bädern eine bessere
Ansicht über Deutschland und seine Heilquellen selbst
holt.“ — Der betr. Brief gibt zugleich eine interessante
Einsicht in die Betriebsweise amerikanischer Geschäftsleute.

— Großbritannien. Eine neue englische
Niederlage wird aus Transvaal gemeldet. Die
englischen Kolonialtruppen des Kaplandes, oder richtiger
die im Natalgebiete stehenden militärischen Kräfte sind
1000 Mann stark unter General Colley's Kommando
den Transvaalbauern entgegengezogen. Da den Bauern
Geschütze fehlten, welche dagegen den Engländern in
erhöhtem Maße zu Gebote stehen so wurde ein sieg-
reiches Vordringen der Engländer in den Londoner
Blättern als unzweifelhaft verkündigt. Am vergange-
nen Freitag hat im Unterhause der Staatssekretär des
Krieges, Childers, jedoch mittheilen müssen, daß es
zwischen den Bauern und den Engländern unter Colley
zu einem blutigen Treffen gekommen sei, dessen Resultat
eine schwere Niederlage der englischen Truppen war.
General Colley meldet dem Kriegsamt aus Mounth-
prospect, daß er einen Paß, den die Bauern besetzt
hielten angriff. Sein Angriff wurde zurückgeschlagen
und unter schweren Verlusten mußte er drei Meilen
zurückgehen, wo er sich im Lager so lange zu vertheidi-
gen suchen werde, bis Verstärkungen ankommen. —
Wenn das britische Kriegsamt selbst schon „bedrückliche
Verluste“ zugestehet, dann dürfte in der That die Nieder-
lage keine unbedeutende sein.

— In Irland treiben die Engländer nicht Ge-
schworene genug auf, welche die Aufständischen verurthei-
len. Das jüngste Schwurgericht in Dublin mußte auf-
gelöst werden, weil die Geschworenen sich über ihren
Wahrpruch durchaus nicht einigen konnten, während
das englische Recht Einstimmigkeit verlangt. Eine Sit-
zung des Parlaments in London, in welcher ein Gesetz
zum Schutze der Person und des Eigentums in Irland
auf der Tagesordnung stand, dauerte ununterbrochen 22
Stunden. Und doch wurde nur beraten, ob dieses
oder ein anderes Gesetz zuerst beraten werden solle.